



CETA IST NOCH NICHT GELAUFEN

Am 15.2.2017 stimmte das Europaparlament mehrheitlich für CETA (*Comprehensive Economic Trade Agreement*), das Handelsabkommen der EU mit Kanada. **Damit ist der Vertrag aber noch lange nicht endgültig in Kraft.** Er muss noch von 38 nationalen und regionalen Parlamenten ratifiziert werden und außerdem mehrere Gerichtsverfahren überstehen.

- **Belgien** hat beschlossen, dass es CETA nicht zustimmen wird, solange die jetzigen Schiedsgerichte Teil des Vertrags sind.
- **In Deutschland** könnte der Bundesrat CETA kippen, wenn sich die Parteien, die CETA ablehnen, in den Koalitionen der Bundesländer durchsetzen.
- **Volksabstimmungen** gegen die Ratifizierung mit Aussicht auf Erfolg könnte es in den Niederlanden, in Österreich, Slowenien, Dänemark und Irland geben.
- Eine **Klage** gegen CETA liegt beim Bundesverfassungsgericht, eine ähnliche wird für das französische Verfassungsgericht vorbereitet. Außerdem will Belgien ein Rechtsgutachten zu CETA beim Europäischen Gerichtshof einholen.

CETA wird von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis in Deutschland und vielen europäischen Ländern abgelehnt, denn es ist das erste derart umfassende Wirtschaftsabkommen ‚neuen Typs‘, bei dem es nur vordergründig um Handel geht. In Wirklichkeit sollen Deregulierung und Privatisierung in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens der betroffenen Länder vorangetrieben und unumkehrbar gemacht werden.

In NRW führt ein breites Bündnis von Organisationen eine **Volksinitiative gegen CETA** durch. Damit wird der Landtag von NRW aufgefordert, sich mit CETA zu befassen und die Landesregierung dazu zu bewegen, im Bundesrat gegen CETA zu stimmen.

Die Volksinitiative kann leider nicht online unterschrieben werden. Wenn Sie unterzeichnen und eventuell noch weitere Unterschriften sammeln möchten, können Sie Unterschriftenlisten kostenlos bestellen unter: <https://nrw-gegen-ceta.de/unterschriftenlisten-bestellen/>

Unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift die NRW-Volksinitiative gegen CETA!

Was uns mit CETA blüht, nicht gleich morgen - aber in naher Zukunft

Höhere Risiken: Das europäische **Vorsorgeprinzip** wird schleichend durch das in Nordamerika angewandte **Risikoprinzip** ersetzt. Produkte und Produktionsverfahren werden dort ohne umfassende Prüfung ihrer Unbedenklichkeit für Mensch und Umwelt zugelassen. Verbote lassen sich erst durchsetzen, wenn sich deren Gefährlichkeit später in konkreten Schadensfällen nachweisen lässt.

Abgesenkte Standards: Verschärfte Konkurrenz durch riesige Agrarbetriebe in Kanada verbunden mit der massiven Erhöhung von Einfuhrquoten für Rind- und Schweinefleisch in die EU bedrohen die Existenz der eher kleinbäuerlich strukturierten europäischen Landwirtschaft. Standards für **Nahrungsmittel-Qualität, Umweltschutz und Tierwohl** werden damit gesenkt und deren weitere Erhöhung unmöglich gemacht.

CETA ist ein Einfallstor für **Gentechnik** auf dem Acker und dem Teller. Die Angleichung der Bestimmungen von EU und Kanada durch spätere Regulierung ist vorgesehen.

Damit Kanada größere Mengen des besonders umweltschädlichen **Öls aus Teersanden** in die EU exportieren kann, verzichtete die EU auf eine Kraftstoff-Richtlinie, die dieses Öl benachteiligt hätte.

Weniger Spielraum für kommunale Selbstverwaltung: Mit den erstmals eingesetzten ‚**Negativlisten**‘ werden alle Wirtschaftssektoren zur Liberalisierung freigegeben, die nicht ausdrücklich davon ausgenommen sind, z.B. auch alle Dienstleistungen, die erst in Zukunft entwickelt werden. Die sog. ‚Ewigkeitsklauseln‘ (*standstill, ratchet*) sollen verhindern, dass bestehende bzw. zukünftige Privatisierungen wieder rückgängig gemacht werden können. Danach hätte London sein U-Bahn-Netz und die Städte Paris, Berlin und Hamburg ihre vorübergehend privatisierte Wasserversorgung nie wieder rekommunalisieren können. Die **Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge** führt in der Regel zu schlechterer Qualität und höheren Preisen, weil u.a. unternehmerische Gewinnmargen eingeplant werden.

Sonderrechte für Investoren: Eine **Sondergerichtsbarkeit** gibt ausländischen Konzernen - und nur diesen - einen Investitionsschutz, der inländischen Unternehmen verwehrt wird. Das in CETA verankerte **ICS (Investment Court System)** erlaubt es ihnen, gegen jede Form staatlichen Handelns zu klagen, wenn sie dadurch ihre „legitimen (Gewinn-) Erwartungen“ beeinträchtigt sehen. Danach könnten auch rund 80% der US-Konzerne über ihre Niederlassungen in Kanada die EU und ihre Mitgliedsstaaten verklagen. Umgekehrt gilt diese **Paralleljustiz** aber nicht für Klagen von Staaten und Bürgern gegen Konzerne, die Umwelt- und Sozialgesetze verletzen.

Weniger Demokratie: Intransparent arbeitende **Regulierungs-Gremien**, deren Zusammensetzung noch unklar ist, werden Parlamenten in Europa und Kanada vorgeschaltet. Sie sollen in Zukunft prüfen, ob mit neuen Gesetzen und Verordnungen „Handelshemmnisse“ entstehen. Damit werden die Möglichkeiten der Gesetzgeber in Europa und Kanada beschnitten, die Aktivitäten der Wirtschaft zum Schutz von Bürgerrechten, Gesundheit und Umwelt zu regulieren.

Helfen Sie mit, CETA zu verhindern!

CETA ist kein „Goldstandard“ und kein Modell für andere Handelsabkommen.

Was wir wirklich brauchen, sind multilaterale und faire Handelsverträge, die ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen, wie die „Allianz für ein Alternatives Handelsmandat“ vorschlägt. Kommt CETA, wird die EU-Kommission ihren neoliberalen und undemokratischen Kurs in der Handelspolitik fortsetzen. Mindestens 30 weitere Abkommen dieser Art sind schon in Verhandlung oder geplant.